

---

Vorlagen vom 28. November 2021

---

# Abstimmungsmonitor

---

Covid-19-Gesetz

---

Pflegeinitiative

---

Justizinitiative

---

## Zwischenbericht



Universität  
Zürich <sup>UZH</sup>

---

fög – Forschungszentrum  
Öffentlichkeit und  
Gesellschaft / Universität  
Zürich

---

15.11.2021

---

Ein Schlussbericht erscheint  
Ende November 2021.

---

Inhalt:

---

2 Überblick

---

5 Akteur:innen

---

7 Methode

---

---

Der Abstimmungsmonitor des fög wurde Anfang 2013 erstmals lanciert und erfasst die Medienresonanz und die Tonalität der Beiträge im Vorfeld von eidgenössischen Volksabstimmungen. Der Abstimmungsmonitor wird von der Gottlieb und Hans Vogt Stiftung, von der Stiftung FERS sowie aus eigenen Mitteln finanziert.

---

# Überblick

## Linards Udris

In der Schweizer Medienarena wird über die drei Abstimmungsvorlagen unterschiedlich intensiv berichtet (Abb. 1). Das Covid-19-Gesetz erfährt mehr als doppelt so viel Beachtung wie die Pflegeinitiative und viermal so viel Beachtung wie die Justizinitiative. Beim Covid-19-Gesetz ist die Tonalität der Medienberichterstattung ambivalent, d.h. positive, befürwortende Stimmen und negative, ablehnende Stimmen halten sich ungefähr die Waage (+6). Bei der Pflegeinitiative überwiegt leicht die Zustimmung (+16) und bei der Justizinitiative klar die Ablehnung (-27).

### Resonanz und Tonalität im Vergleich

Im Vergleich der Abstimmungsvorlagen seit Herbst 2018 findet das Covid-19-Gesetz die grösste Beachtung (Abb. 1). Die Pflegeinitiative liegt im Mittelfeld und die Justizinitiative wird sehr wenig thematisiert – nur die Abstimmung über die Velowege oder die Kinderabzüge haben weniger Resonanz erhalten.

Die Resonanzunterschiede sind immer ein Resultat von verschiedenen Faktoren, zum Beispiel wie einfach oder komplex eine Vorlage ist oder wie viele Werbemittel die Kampagnenakteur:innen investieren. Auch die Art des Konflikts ist ein wichtiger Faktor. Im Vergleich zeigt sich nämlich, dass «identitätspolitische» Konflikte in der Regel mehr Resonanz auslösen als wirtschafts- und sozialpolitische Vorlagen. Auch das Covid-19-Gesetz lässt sich insofern als identitätspolitischer Konflikt bezeichnen, als bei der anstehenden Abstimmung immer mehr das Selbstverständnis der Schweiz (Staatsverständnis, politische Kultur etc.) im Mittelpunkt der kontroversen Diskussion steht.

Bei der Tonalität fällt in erster Linie die positive Tonalität zur Pflegeinitiative auf (+16). Denn typischerweise stossen Volksinitiativen in den Medien auf Ablehnung (z.B. 99-Prozent-Initiative: -22), und dies zeigt sich auch bei der Justizinitiative (-27). Auch die Volksinitiativen mit ambivalenter Tonalität (z.B. Trinkwasserinitiative: -3) erfahren nicht dieselbe hohe Zustimmung wie die Pflegeinitiative.

Die ambivalente Tonalität gegenüber dem Covid-19-Gesetz (+6) ist für eine Behördenvorlage als solche kein Normalfall, aber auch kein Einzelfall. Zwar stossen Behördenvorlagen gerade im Vergleich zu Volksinitiativen in den Medien auf mehr Zustimmung, zum Beispiel der Vaterschaftsurlaub (+22). Doch die Steuerreform, das Terrorismusgesetz oder das E-ID-Gesetz zeigen, dass auch bei Behördenvorlagen die Zustimmung teilweise nur schwach ausgeprägt sein kann. Das Spezielle am Covid-19-Gesetz ist also nicht die ambivalente

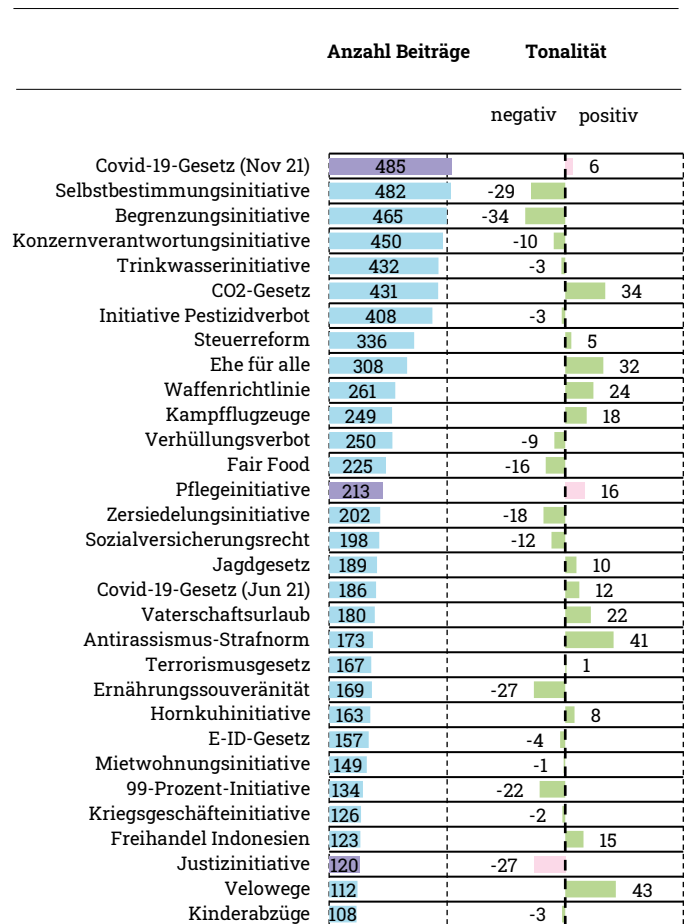


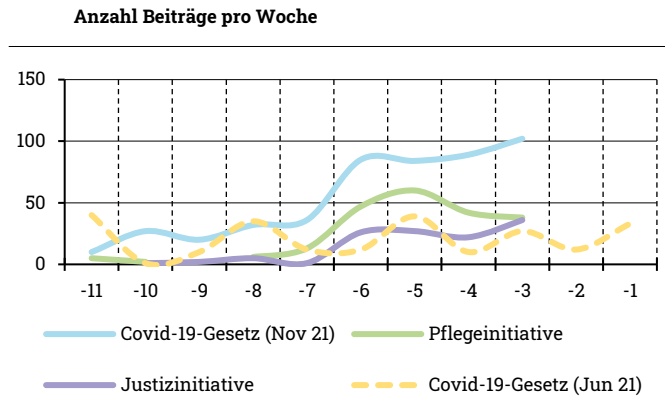
Abbildung 1: Resonanz und Tonalität

Die Abbildung zeigt die Medienresonanz und die Tonalität der Beiträge für die Abstimmungen vom 28. November 2021 im Vergleich mit allen anderen Volksabstimmungen seit September 2018. Erfasst wurden jeweils 9 Wochen im Abstimmungskampf. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n= 7652 Beiträge).

Tonalität an sich, sondern die ambivalente Tonalität in Verbindung mit einer extrem starken Resonanz. Zusammen ist dies ein Indikator für die starke Aufladung und den virulenten Konflikt um die Abstimmung.

### Dynamik und Tonalität beim Covid-19-Gesetz

Die Abstimmung im November 2021 ist nach der Abstimmung im Juni 2021 bereits die zweite über das Covid-19-Gesetz. Deshalb ist der Vergleich zwischen diesen beiden Vorlagen von besonderer Bedeutung. Klar wird erstens die mehr als doppelt so starke Resonanz der zweiten Abstimmung (Abb. 1).



**Abbildung 2: Resonanz im Zeitverlauf**

Die Abbildung zeigt pro Woche die Medienresonanz der drei Abstimmungsvorlagen vom 28. November 2021 und zum Vergleich die Medienresonanz der Abstimmung über das Covid-19-Gesetz vom Juni 2021 (n= 1049 Beiträge).

Zweitens zeigt sich, dass die starke Resonanz nicht allein davon abhängt, wie intensiv zu Beginn über die Abstimmung berichtet wird (Abb. 2).

Bei der ersten Abstimmung zum Covid-19-Gesetz ist die Resonanz drei Monate vor Abstimmung ein erstes Mal relativ hoch, nämlich als Proteste gegen die Corona-Massnahmen (und Gegenproteste wie #noliestal) die Berichterstattung bestimmen. Doch ist die Resonanz sehr volatil – sehr untypisch bei Volksabstimmungen. Bei der zweiten Abstimmung zum Covid-19-Gesetz hingegen steigt die Resonanz über die Zeit kontinuierlich an – relativ typisch für Abstimmungsvorlagen, so auch bei der Pflege- und bei der Justizinitiative. Das heisst: Während bei der Juni-Abstimmung über das Covid-19-Gesetz vor allem Demonstrationen die (punktuelle) Resonanz bestimmen und nicht die üblichen Kampagnen-Aktivitäten, sind es bei der November-Abstimmung Demonstrationen *und* die intensive Aufladung der Diskussion durch Parteien und Medien.

Bei der zweiten Abstimmung wird in den Medien schon früh wahrgenommen, dass die Vorlage die Öffentlichkeit «bewegt». Die November-Abstimmung um das Covid-19-Gesetz ist laut Medien «la mère de toutes les batailles» (24heures.ch, 27.9.) – ganz anders als die erste Abstimmung im Juni, bei der laut Medien gar nicht so klar sei, worum es überhaupt gehe: Die Abstimmung im Juni sei das «eigenartigste Referendum der Schweizer Geschichte» (Tamedia, 6.5.). Die stärkere Aufladung bei der zweiten Abstimmung zeigt sich an der extrem starken Fokussierung auf das Covid-19-Zertifikat; in mehr als 80% der Beiträge wird der Begriff Zertifikat erwähnt. Die Finanz- und Wirtschaftshilfen, wichtige

Bestandteile des Covid-19-Gesetzes werden in weniger als 20% der Beiträge überhaupt erwähnt. Anders als bei der ersten Abstimmung, bei der ein «wilder Mix von Themen» konstatiert wird (Tamedia, 6.5.), auf Kosten der Resonanz, führt die Fokussierung auf das Zertifikat bei der zweiten Abstimmung zu heftigen Grundsatzdiskussionen. Exemplarisch die Titelüberschrift von CH Media bei einer Übersicht über die Abstimmungsvorlage: «Spaltpilz oder Schlüssel zur Freiheit? Die wichtigsten Fragen zu Zertifikat und Covid-Gesetz» (3.11.).

Generell unterscheidet sich die Tonalität gegenüber dem Covid-19-Gesetz (November 2021) stark zwischen den Beitragsformaten (Abb. 3). In redaktionellen Kommentaren wird das Covid-19-Gesetz explizit befürwortet oder die Gegner:innen des Gesetzes werden kritisiert (z.B. für ihre Art der Konfliktaustragung) (+63). In Nachrichtenbeiträgen, in Interviews oder in Gastbeiträgen hingegen ist die Tonalität ambivalent. Das heisst, in der Summe geben die Medien nicht nur in stärker vermeldenden, von der Ereignislage abhängigen Nachrichten den Befürworter:innen und Gegner:innen etwa gleich viel Raum, sondern auch in den mehr interpretierenden Formaten wie Interviews und Gastbeiträgen, bei denen die Medien stärker selber auswählen.

	Anzahl Beiträge		Tonalität	
	negativ	positiv	negativ	positiv
Nachrichtenbeiträge	373		-3	
Kommentare Redaktion	65			63
Interviews	30			0
Gastbeiträge	17			0

**Abbildung 3: Resonanz und Tonalität bei den Beitragsformen – Covid-19-Gesetz**

Die Darstellung zeigt pro Beitragsform die Resonanz und die Tonalität der Beiträge über das Covid-19-Gesetz. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n= 485 Beiträge).

### Sprachregionale Unterschiede

In der Berichterstattung über die beiden Abstimmungsvorlagen gibt es zwischen den grossen Sprachregionen deutlich mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede (Abb. 4). Sowohl in der Deutschschweiz als auch in der Suisse romande ist das Covid-19-Gesetz die klare «Lead»-Vorlage. In beiden Sprachregionen ist die Tonalität gegenüber dem Covid-19-Gesetz ambivalent, gegenüber der Pflegeinitiative positiv und gegenüber der Justizinitiative negativ.

		Anzahl Beiträge	Tonalität	
			negativ	positiv
Deutschschweiz	Covid-19-Gesetz	376	9	
	Pflegeinitiative	158	16	
	Justizinitiative	90	-24	
Suisse romande	Covid-19-Gesetz	109	-2	
	Pflegeinitiative	55	16	
	Justizinitiative	30	-33	

Abbildung 4: Resonanz und Tonalität in den Sprachregionen

Die Abbildung zeigt die Medienresonanz und die Tonalität der Beiträge für die Abstimmungen vom 28. September 2021 im Vergleich der beiden Sprachregionen. Der Tonalitätsindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n= 818 Beiträge).

Leichte Unterschiede zeigen sich darin, dass in der Deutschschweiz das Covid-19-Gesetz mehr Zustimmung erfährt (+9) als in den Medien der Suisse romande (-2). Diese leicht positivere Tonalität in der Deutschschweiz zeigt sich sowohl bei Beiträgen, in denen die Medien Positionen von Akteur:innen vermitteln als auch bei Beiträgen, in denen die Medien selber kommentieren und bewerten.

## Akteur:innen

Bei allen drei Vorlagen spielen Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft eine sehr wichtige Rolle. Beim Covid-19-Gesetz machen sich Bürgerbewegungen der «Zivilgesellschaft» auf der Strasse als Nein-Komitees und ein Ja-Komitee bemerkbar (29%) (Abb. 5), bei der Pflegeinitiative werden viele Stimmen von einzelnen Pfleger:innen eingeholt (13%) (Abb. 7) und bei der Justizinitiative betonen die Medien, dass die Initiative von Einzelpersonen ausserhalb von Parteien und Verbänden lanciert wird (19%) (Abb. 8). Auch Stimmen aus der Wissenschaft sind bei allen drei Vorlagen relativ stark sichtbar.

Covid-19-Gesetz	Anteil Resonanz	Akzeptanz	
		negativ	positiv
Zivilgesellschaft	29%	-68	
SVP	14%	-49	
Wissenschaft / Expert:innen	8%		11
Bundesrat	7%		84
SP	7%		95
Die Mitte	6%		65
FDP	6%		68
Grüne	5%		18
Wirtschaftsverbände	4%		46
Wirtschaft / Unternehmen	3%		0
Exekutive kantonal/regional	2%		56
"Gegner:innen"	2%	-100	
Nationale Behörden	2%		67
Grünliberale	1%		100

Abbildung 5: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – Covid-19-Gesetz

Die Abbildung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zum Covid-19-Gesetz Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz der Vorlage gegenüber. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 674 Aussagen)

Grössere Unterschiede zwischen den Vorlagen zeigen sich in der Resonanz von Parteien. Bei der Pflegeinitiative ist die Resonanz von Parteien insgesamt weniger stark und beim Covid-19-Gesetz am stärksten. Allen voran erhält die SVP eine grosse Medienpräsenz.

### Akteur:innen beim Covid-19-Gesetz

Das mediale Bild des Covid-19-Gesetzes zeigt einen Konflikt zwischen Akteur:innen der Zivilgesellschaft (29%) und der SVP (14%) auf der einen und Bundesrat und den meisten Parteien auf der anderen Seite. Das Konflikt-Bild entspricht nicht dem Typ «SVP gegen alle» wie bei der Durchsetzungsinitiative 2016 oder der Selbstbestimmungsinitiative 2018, als (auch) die Zivilgesellschaft gegen die SVP mobilisierte. Denn beim

Covid-19-Gesetz kommen Akteur:innen der Zivilgesellschaft (-68) und die SVP (-49) zwar nicht ausschliesslich, aber doch überwiegend mit Kritik am Covid-19-Gesetz in den Medien vor und prägen das Bild der Gegnerschaft. Medienbeiträge, die u.a. auf den zivilgesellschaftlichen Charakter eines Ja-Komitees oder auf Ja-Stimmen innerhalb der SVP hinweisen (z.B. im Aargau oder in Neuchâtel), sind in der Minderheit. Die Befürworter:innen kommen vor allem in Form von Bundesrat (7%), SP (7%), Die Mitte (6%) und FDP (6%) vor.

Bemerkenswert sind allerdings zwei Punkte: Erstens findet der Bundesrat nicht mit ausschliesslich zustimmenden Voten Resonanz (+84 statt +100) – Ausdruck davon ist, dass SVP-Bundesrat Ueli Maurer sich nicht klar für das Gesetz ausspricht und auch SVP-Alt-Bundesrat Christoph Blocher Kritik am Gesetz übt. Zweitens ist die Akzeptanz bei den Grünen trotz Ja-Parole nicht sehr stark (+18), denn in den Medien stossen vormalig relativ unbekannte Politiker:innen, die als (ehemalige) Grüne bezeichnet werden, auf relativ viel Aufmerksamkeit. Solche Konflikte treiben die Medienberichterstattung an und drehen sich jeweils um einen Konflikt zwischen Minderheit und Mehrheit – vor allem um Bundesrat Ueli Maurer, der von der Position des Gesamtbundesrates abweicht, und um einige «Linke», die sich entgegen den meisten linken Akteur:innen für ein Nein zum Covid-19-Gesetz einsetzen.

Covid-19-Gesetz	Veränderung: Anzahl Aussagen
Zivilgesellschaft	124
SVP	69
Wissenschaft / Expert:innen	41
Bundesrat	33
SP	32
Die Mitte	31
FDP	33
Grüne	25
Wirtschaftsverbände	21
Wirtschaft / Unternehmen	21
Exekutive kantonal/regional	-4
"Gegner:innen"	-13
Nationale Behörden	8
Grünliberale	8

Abbildung 6: Resonanz der Akteur:innen – Covid-19-Gesetz im Vergleich

Die Abbildung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zu beiden Abstimmungen zum Covid-19-Gesetz Stellung beziehen, und die Veränderung der absoluten Anzahl Aussagen im Vergleich der Abstimmung vom 28. November 2021 und der Abstimmung vom 13. Juni 2021 (n = 888 Aussagen)

Der direkte Vergleich mit der ersten Abstimmung über das Covid-19-Gesetz (Juni 2021) zeigt die zunehmende Aktivierung; die Anzahl gemessener Aussagen ist bei der zweiten Abstimmung bei fast allen Akteurstypen höher (Abb. 6) und ein weiteres Indiz, wie stark das Gesetz mittlerweile die Politik und die Bevölkerung bewegt. Besonders stark nimmt die Medienpräsenz der Zivilgesellschaft (+124 Aussagen) und der SVP (+69 Aussagen) zu. Die Zivilgesellschaft und die SVP sind schon in der Juni-Abstimmung die wichtigsten Akteurstypen, aber sie steigern ihre Resonanz nochmals stärker, während die Resonanz bei den anderen Parteien weniger stark zunimmt. Kaum präsent bei beiden Abstimmungen sind die Grünliberalen. Dass die Aktivierung bei den meisten Parteien zwar zunimmt, aber eben nicht so stark wie bei der SVP und der Zivilgesellschaft, wird durchaus wahrgenommen und ist ein präsent Thema in der Medienberichterstattung: Oftmals wird von der «schweigenden Mehrheit» gesprochen, die sich zu wenig einschalte und «den Widerstand» unterschätze, oder davon, dass die Parteien sich zu wenig für das Gesetz im Abstimmungskampf engagieren.

### Akteur:innen bei der Pflegeinitiative

Die mediale Bild der Pflegeinitiative zeigt nur teilweise einen klassischen Links-rechts-Konflikt, bei dem linke Akteur:innen bürgerlichen Akteur:innen gegenüberstehen. Zwar sind Berufs- und Personalverbände und

Pflegeinitiative	Anteil Resonanz		Akzeptanz
	negativ	positiv	
Berufsverbände / Gewerkschaften	22%		93
Zivilgesellschaft	13%		83
Wissenschaft / Expert:innen	10%		28
Die Mitte	7%	-32	
FDP	7%	-100	
Bundesrat	6%	-100	
SP	6%		100
SVP	6%	-63	
Andere Verbände	5%	-29	
Wirtschaft / Unternehmen	4%		8
Institutionen	4%		45
Exekutive kantonal/regional	4%	-64	

Abbildung 7: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – Pflegeinitiative

Die Abbildung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zur Pflegeinitiative Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz der Vorlage gegenüber. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 279 Aussagen)

Gewerkschaften, vor allem der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK) als Initiant, am stärksten als Befürworter präsent (22%; +93) und stossen auf Kritik bei der FDP (7%; -100) und der SVP (6%; -63). Doch die bürgerliche Mitte-Partei (7%) kommt nicht nur mit ablehnenden, sondern auch mit zustimmenden Voten in den Medien vor (-32). Einzelpersonen aus der Zivilgesellschaft sind ebenfalls präsent (13%) und finden mit unterstützenden Botschaften Resonanz (+83), teilweise auch die Wissenschaft (10%; +28). Die Wirtschaftsverbände als Gegner sind praktisch nicht präsent, die sich sonst bei mehreren klassischen Links-rechts-Vorlagen prominent in den Medien einbringen.

Justizinitiative	Anteil Resonanz		Akzeptanz	
	negativ	positiv		
Zivilgesellschaft	19%			92
Bundesrat	16%	-100		
FDP	15%	-79		
Wissenschaft / Expert:innen	14%		-6	
SP	9%	-100		
Die Mitte	6%	-100		
andere pol. Akteure	5%	-86		
SVP	5%	-100		
Nationale Behörden	4%			20
"Befürworter:innen"	2%			100

Abbildung 8: Resonanz und Akzeptanz der Akteur:innen – Justizinitiative

Die Abbildung zeigt die bedeutendsten Akteur:innen, die in den untersuchten Medien zur Justizinitiative Stellung beziehen, sowie deren Akzeptanz der Vorlage gegenüber. Der Akzeptanzindex kann maximal die Werte +100 (ausschliesslich positiv) bis -100 (ausschliesslich negativ) annehmen (n = 129 Aussagen)

### Akteur:innen bei der Justizinitiative

Die Justizinitiative führt im Vergleich der drei anstehenden Abstimmungsvorlagen zur geringsten Aktivierung. Noch am ehesten präsent sind Akteur:innen der Zivilgesellschaft (19%) bzw. des Komitees, dessen zivilgesellschaftlicher Charakter in den Medien zum Vorschein kommt (+92). In den Medien finden die Befürworter:innen aber kaum Zuspruch. Praktisch alle Akteurstypen mit Medienresonanz wie zum Beispiel der Bundesrat (16%) oder die FDP (15%) kommen mit (sehr) ablehnenden Voten vor.

# Methoden

## Auswahl der Beiträge

Erfasst werden alle redaktionellen Beiträge, die sich zentral mit den Abstimmungsvorlagen auf nationaler Ebene auseinandersetzen und im Zeitraum vom 6. September 2021 bis 7. November 2021 erschienen sind. Es werden 738 verschiedene Medienbeiträge erfasst, wobei in einem Beitrag bis zu drei Vorlagen gleichzeitig angesprochen werden können (Covid-19-Gesetz: n = 485; Pflegeinitiative: n = 213; Justizinitiative: n = 120). 94% der Beiträge thematisieren jeweils eine Vorlage, 6% zwei oder drei Vorlagen. Unbearbeitete Agenturmeldungen und Kurzformen (z.B. «In Kürze») werden nicht berücksichtigt.

## Tonalität der Beiträge

Die Akzeptanz gegenüber den Abstimmungsvorlagen wird über die Tonalität gemessen, die sich im Artikel insgesamt beobachten lässt. Dabei wird zwischen einer «positiven», einer «negativen», einer «kontroversen (ambivalenten)» und einer «neutralen» Tonalität unterschieden. «Neutral» bedeutet nicht, dass die Medien «neutral» im Sinne von «ausgewogen» in einem Beitrag sowohl Pro- als auch Kontra-Akteuren Resonanz erteilen (= «kontrovers»), sondern bezeichnet Beiträge, in denen keine Argumente vermittelt werden (z.B. Deskription von Umfrageergebnissen) und/oder in denen Zusatzinformationen geliefert werden, deren Tonalität gegenüber der Vorlage unklar ist (z.B. deskriptive Auflistung der gesetzlichen Regelungen in Nachbarstaaten). In stärkster Form zeigt sich die Tonalität bei Aussagen, die explizit eine Abstimmungsempfehlung beinhalten. Daneben zeigt sich die Tonalität aber auch bei Aussagen

- zur «Grundproblematik» einer Vorlage (z.B. Beiträge, die den Personalmangel in Spitälern zeigen – «positiv» bei Pflegeinitiative);
- zur Zweckmässigkeit oder Legitimität der Massnahmen, die mit der Vorlage verbunden sind (z.B. Bericht darüber, dass eine Annahme der Pflegeinitiative zu hohe Kosten verursache – «negativ» bei Pflegeinitiative);
- zur sozialen Reputation von Kampagnen-Akteuren (z.B. Vorwurf, Bundesrat Berset habe sich in einer privaten Affäre über geltendes Recht gestellt, und dieser Vorwurf wird von Gegnern des Covid-19-Gesetzes erhoben – «negativ» bei Covid-19-Gesetz);
- zur funktionalen Reputation von Kampagnen-Akteuren (z.B. Lob für wirksame Kampagnen-

Führung der Befürworter:innen – «positiv» bei Pflegeinitiative)

- bei zugespitzten Aussagen über die Akzeptanz der Vorlagen gemessen an Meinungsumfragen, mit Thematisierung der Auswirkungen auf die Kampagnenführung und die Erfolgchancen (z.B. «XY erleidet Schiffbruch und Befürworter sind nervös» – «negativ» Justizinitiative).

Der Tonalitäts-Wert, der sich zwischen -100 und +100 bewegen kann, wird wie folgt berechnet: (Anzahl Beiträge mit positiver Tonalität minus Anzahl Beiträge mit negativer Tonalität) geteilt durch Anzahl alle Beiträge multipliziert mit 100.

Für jeden Beitrag wird bestimmt, ob die Tonalität primär über die Medien selbst bestimmt wird («Medium»), primär über Akteure, die in den Medien zu Wort kommen («Akteure»), oder mehr oder minder gleichgewichtet durch Medien und Akteure («Medium und Akteure»). Eine medienbestimmte Tonalität lässt sich in stärkster Form in Kommentaren und Leitartikeln erkennen, aber auch bei (Hintergrund-)Berichten, bei denen das Medium Bewertungen einspeist («Medium»). Hier unterscheiden wir zwischen expliziten Positionierungen des Mediums (explizite Empfehlung, eine Vorlage an- oder abzulehnen) und impliziten Positionierungen (z.B. Bestätigung der Grundproblematik einer Initiative). Daneben erfassen wir diejenigen Fälle, in denen zwar Akteure ihre Positionen einspeisen, die Medien aber diese Akteure und/oder Positionen ebenfalls prominent bewerten («Medium und Akteure»). Fälle einer primär akteursbestimmten Tonalität sind Gastbeiträge von Akteuren, Interviews und «vermelde» Berichte über die Stellungnahmen von Akteuren («Akteure»).

## Akteur:innen und Akzeptanz

Für jeden Beitrag und pro Vorlage werden die maximal drei resonanzstärksten Akteure sowie deren Positionierung gegenüber der Vorlage bestimmt (Akzeptanz). Für die Abstimmungsvorlagen vom 28. November 2021 werden auf diese Weise 1082 Aussagen erfasst. Der Akzeptanz-Wert, der sich zwischen -100 und +100 bewegen kann, wird wie folgt berechnet: (Anzahl Aussagen Akteur A mit positiver Positionierung minus Anzahl Aussagen Akteur A mit negativer Positionierung) geteilt durch Anzahl aller Aussagen Akteur A multipliziert mit 100. In den Grafiken werden jeweils nur die wichtigsten Akteursgruppen dargestellt; daher

ergeben die Prozentwerte (Resonanz) der dargestellten Akteure aufsummiert nicht 100%.

### **Mediensample**

Das Mediensample besteht aus 14 Newssites (Online-Auftritten) von Zeitungen, 6 Sonntags- resp. Magazintiteln (Print) und 5 Titeln der SRG aus der Deutschschweiz und der Suisse romande, die jeweils als SRF resp. RTS zusammengefasst werden. Weil das Mediensample seit Sommer 2018 vor allem Newssites statt gedruckten Zeitungen umfasst, sind die Resultate nicht direkt vergleichbar mit den Resultaten des Abstimmungsmonitors zu den Vorlagen von März 2013 bis Juni 2018. Sie sind aber direkt vergleichbar mit den Vorlagen seit September 2018 – mit Ausnahme, dass in der Zwischenzeit der früher erfasste [blickamabend.ch](http://blickamabend.ch) eingestellt wurde.

Newssites Abonnement: 24 heures, Aargauer Zeitung, Basler Zeitung, Berner Zeitung, Le Temps, Luzerner Zeitung, Neue Zürcher Zeitung, Südostschweiz, Tages-Anzeiger, Tribune de Genève

Newssites Boulevard- und Pendlermedien: 20 Minuten, 20 minutes, Blick, Le Matin

Sonntagszeitungen / Magazine (Print): Le Matin Dimanche, NZZ am Sonntag, SonntagsBlick, Sonntags-Zeitung, Schweiz am Wochenende, Weltwoche

Titel SRG: SRF: 10vor10, [srf.ch/news](http://srf.ch/news) (Online), Tagesschau; RTS: Le 19h30 (Journal), [rts.ch/info](http://rts.ch/info) (Online)



